



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

281 (23.6.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-185954](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-185954)

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich: Dr. Frh. Colbenbaum... Druck: Druckerei Dr. Heas...

Badische Neueste Nachrichten... Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die 1000... Preis: 2,50...

Bedingungslose Annahme des Friedens.

Entscheidende Klärung der Lage.

Weimar, 23. Juni. (Von unv. Vertreter.) 3.30 Uhr. Soeben ist entschieden, daß der von der Entente vorgelegte Friedensvertrag ohne jeden Vorbehalt und ohne jede Bedingung von der jetzigen deutschen Regierung angenommen wird.

Nachdem durch die ablehnende Note der Entente heute morgen wieder der größte Wirrwarr eingetreten war, hat man sich schließlich darauf geeinigt, daß das Kabinett ohne weiteres aufgrund der gestrigen Abstimmung den Frieden unterzeichnet.

Damit ist bewiesen, daß Reichsminister Erzberger bereits gestern, als der Antrag über den Frieden abgeändert wurde, dem Kabinett eine Blankovollmacht übertragen wollte. Mit dieser Blankovollmacht kam die Reichsregierung in die heutige Sitzung der Nationalversammlung und verurteilte ohne jede Abstimmung, daß sie den Frieden bedingungslos unterzeichnen werde.

Es gaben darauf die Vertreter der einzelnen Parteien Erklärungen ab, daß sie der Regierung auch in diesem Augenblick das Jugeständnis der patriotischen Ehrenhaftigkeit machen.

Die Deutschnationalen Volkspartei protestierte aber noch einmal gegen das von der Regierung betriebene Ränselwerk und verlangte eine nochmalige Abstimmung über den Frieden. Der Präsident schlug dieses Verlangen im letzten und entscheidenden Augenblick dahin ab, daß nicht über den Frieden, sondern über die Ehrenhaftigkeit der Regierung abgestimmt würde.

Dafür fand sich eine Mehrheit des Hauses, worauf der Präsident in äußerst starken und sehr bewegten Worten zur Ruhe mahnte. Die Sitzung schloß mit den Worten des Präsidenten: „Empfehlen wir unser unglückliches Vaterland dem Schutze des Allmächtigen.“

Im Augenblick halten die Parteien Besprechungen ab, um eine Rundgebung zu erlassen, da man befürchtet, daß diese sich gegen die Annahme des Friedens auflehnen werden.

Vor dem Eintreffen dieser die verworrene Situation mit einem Schläge klärenden Nachricht lagen uns noch folgende Meldungen vor:

Frankfurt a. M., 23. Juni. Wie die Frankf. Ztg. aus Weimar hört, wird das Kabinett den beiden Regierungsparteien empfehlen, nunmehr ohne jeden Vorbehalt die Friedensbedingungen zu unterzeichnen. Die Vollmacht dazu hat das Kabinett durch den gestrigen generellen Beschluß der Nationalversammlung bereits erhalten.

Weimar, 23. Juni. (Von unv. Vertreter.) Nachdem gestern abend einige Ruhe in Weimar eingetreten war, ist heute morgen von neuem dadurch völliger Wirrwarr eingetreten, daß die Entente die gestern abgeänderte Note bereits nach einigen Stunden abgelehnt hat. Unsere Note war um 6 Uhr in Versailles und wurde gleich überreicht. Um 10 Uhr traf bereits die Antwort der Entente ein, in der die Ablehnung der deutschen Vorbehalte ausgesprochen ist. Infolgedessen trat das Kabinett im Laufe der Nacht abermals zu einer Sitzung zusammen. Das Ergebnis der Beratung war, daß man nach Versailles eine Note sandte mit der Bitte um Fristverlängerung. Auch auf diese Note war heute morgen 11 Uhr die Antwort bereits eingetroffen. Sie lautete dahin, daß die Entente jede Fristverlängerung ablehnt.

Infolgedessen stehen wir vor einer ungemein schwierigen Situation, die die der vergangenen Tage noch um vieles übertrifft. Die Fraktionen haben seit dem frühen Morgen Beratungen abgehalten. Das Ergebnis läßt sich kurz dahin zusammenfassen:

Bei den Parteien der Rechten und bei den Demokraten bereitet man sich darauf vor, daß man doch noch zu einem Anschluß der Ablehnung kommen werde. Das Zentrum hat in seiner heutigen Fraktionssitzung auf Grund der neuen Lage mit 68 Stimmen beschlossen, die Unterschrift abzulehnen.

Damit sind für die Unterschrift nur die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen und jetzt etwa 12 Demokraten zu gewinnen.

Ob auf dieser Grundlage eine Mehrheit zustande kommen kann für die Annahme des Friedens ist sehr zweifelhaft.

In diese Situation ist das deutsche Volk und die deutsche Regierung einzig durch den Reichsminister Erzberger gebracht worden. Auf Grund seiner Initiative wurde in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung der Antrag betreffs des Friedens auf die einfache Formel gebracht, daß die Nationalversammlung der Unterzeichnung des Friedens zustimme.

Er gewann einen Teil des Zentrums dadurch für diese Form des Antrags, daß er die Versicherung abgab, die Entente werde unsere Vorbehalte annehmen. Im Geheimen hoffte er natürlich, dem Kabinett eine Blankovollmacht durch den Antrag verschafft zu haben. Jetzt zeigt sich, daß das Kabinett diese Blankovollmacht nicht einmal will. Infolgedessen muß die Nationalversammlung heute Nachmittag abermals über die Friedensfrage beraten.

Verbrennung der 1870/71 eroberten französischen Fahnen in Berlin.

Berlin, 23. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Heute Vormittag 10 Uhr begaben sich etwa 2-300 Soldaten der Berliner Freikorps und Studenten nach dem Zeughaus Unter den Linden und holten aus dem Zeughaus die französischen Fahnen heraus, die 1870-71 erobert worden waren und nach dem Friedensvertrag an Frankreich wieder ausgeliefert werden sollten. Vor dem Denkmal Friedrich des Großen wurden die Fahnen mit Benzin begossen und verbrannt.

Vaterländische Kundgebungen in München.

München, 23. Juni. Gestern mittag nach Schluß der üblichen Sonntagsmusik an der Feldherrnhalle formierte sich aus der Menge zunächst ein kleiner Zug, der unter Abführung vaterländischer Lieder sich durch die Straßen bewegte. Dem Zuge schlossen sich nach und nach mehr Passanten an. Vor dem Hauptquartier des General von Oven hielt der Zug. Man verlangte den General zu sprechen, der auch erschien und für den Beweis vaterländischer Gesinnung dankte. Er nahm aber an, wie er sagte, daß die Kundgebung nicht ihm, sondern dem deutschen Vaterlande beste. Der Zug setzte sich dann unter dem Lied „Deutschland über alles“ wieder in Bewegung, um sich später aufzulösen.

In derselben Weise erlebte man gestern in München eine Demonstration in Borten. Die Straßenbahnwagen Münchens trugen gestern sämtlich Plakate mit der Aufschrift: „Kraftvoll und einmütig protestiert das bayerische Volk gegen den Vertrag in der Rheinpfalz. Die Pfalz zu Bayern! Bayern zum Reich!“ Auch verschiedene Speisegastel der Münchner Gasthöfe trugen in roten Buchstaben diese Aufschrift. Ein Flugblatt, das von einem Militärtaut abgeworfen wurde, wendete sich gegen den Bolschewismus und gegen die auch im rechtsrheinischen Bayern sich bemerkbar machenden Bestrebungen zum Abfall vom Reich.

In Bamberg fand gestern auf dem Schloßplatz eine große Protestkundgebung der gesamten Bevölkerung statt gegen die Umtriebe gewisser Elemente, die auf die Abtrennung der Rheinpfalz von Bayern und weiterer Gebietszerteilung von Bayern hinarbeiten.

München, 23. Juni. Die Mitglieder der parlamentarischen Abordnung des Bayerischen Landtages, die in vergangener Woche nach Weimar zu den Besprechungen über die Friedensunterzeichnung gereist waren, sind am Sonntag wieder in Bamberg eingetroffen. Interessant ist, daß der Bajarinist Prof. Dr. Quibbe der Deutschdemokratischen Fraktion der deutschen Nationalversammlung mit aller Entschiedenheit gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrags war. Auf sozialdemokratischer Seite war es, wie die „Münchener Zeitung“ aus Bamberg erfährt, der Führer der Minderheit, Dr. Adolf Braun, der gegen die Unterzeichnung des Friedens war.

Für Bayern ist zunächst mit einer Aenderung der Regierung nicht zu rechnen, aus dem einfachen Grunde, weil Landtag und Regierung in Bayern zusammen bleiben dürfen und nach der Entscheidung in Weimar sicher durch eine gemeinsame Kundgebung das Volk auf alle Eventualitäten vorbereiten müßten. Denn mit der Möglichkeit des Einmarsches der Entente ist auch bei Unterzeichnung des Friedens in gewissen Sinne zu rechnen. Im Anschluß hieran ist es ganz ausgeschlossen, daß eine Aenderung des Domizils der Regierung und des Landtages in Bayern vorgenommen werden wird, wenn auch tatsächlich dieser Gedanke in den letzten Tagen in der bayerischen Volkspartei gewissermaßen als Versuchsaßon auftauchte. Die Deutsche demokratische Fraktion wird in Aelterntate des bayerischen Landtages entschieden dafür eintreten, daß eine baldmöglichste Rückkehr der Regierungsgewalten nach München erfolgt.

Die besetzten Gebiete.

m. Köln, 23. Juni. (Priv.-Tel.) Das Kölner Tageblatt meldet aus Weimar: Gestern vormittag hat in Weimar eine Besprechung von Abgeordneten der besetzten Gebiete des Westens stattgefunden, um den Entwurf eines Abkommens über die militärische Besetzung dieser Gebietsteile zu beraten. Der Sinn dieses Abkommens geht dahin, daß die besetzten Gebiete einer Zivilverwaltung unterstellt werden. Im Laufe der Beratungen wurde eine Reihe von Abänderungsvorschläge gemacht. Am Abend fuhr ein Abgeordneter der deutschen Regierung nach Versailles, um dort diese Abänderungsvorschläge zu vertreten.

Abwanderungen aus München.

München, 23. Juni. Die Abwanderung von München nimmt in letzter Zeit immer größeren Umfang an. Die Räteherrschaft mit ihren Auswüchsen, ihren Hausjungen, Plünderungen, Verhaftungen und so weiter, hat viele, die nicht an München gebunden sind, dazu veranlaßt, der Stadt den Rücken zu kehren. Die Abwanderung von München ist heute eine Tatsache und sie hat einen Umfang angenommen, der nicht ohne die empfindlichsten Nachteile für die Hauptstadt und ihr ganzes Wirtschaftsleben bleiben kann. Es steht fest, daß der Zuzug schon lange in keinem Verhältnis mehr zu den Wegzügen steht. Unter den Abwandernden befinden sich zahlreiche Adelsfamilien, Offiziere, Rentner und auch Industrielle. Zeitweilig war die Abreise so stark, daß auf den drei Münchner Bahnhöfen bis zu 100 Eisenbahnwagen am Tage für den Abtransport beansprucht wurden und auch viele Auftragsgeber warten mußten, bis ihre Ansprüche befriedigt werden konnten. Auch manche Ausländer kehren in die Heimat zurück, so vor allem Schweizer und Holländer und wenn jetzt die Grenzen geöffnet werden, muß auch mit der Abreise der Deutsch-Amerikaner von München gerechnet werden. Ein Abflauen dieser absterbenden Bewegung ist gegenwärtig noch nicht wahrzunehmen. In den fortdauernden Abwanderungen kommen nun noch die Ausweisungen, die allerdings in beschränkterem Maße erfolgen. Leider steht fest, daß unter den Auswandernden sich gerade die kapitalträchtigsten Kreise Münchens befinden. Die Folgen davon haben natürlich die Zurückbleibenden zu tragen. Mit der Abwanderung wird die Wohnungsnot in keiner Weise behoben, da in der Hauptsache nur große und teure Wohnungen freiwerden. In kleinen preiswerten 2-4 Zimmerwohnungen herrscht nach wie vor immer großer Mangel und es wäre grundfalsch, wenn man mit Rücksicht auf die Wohnungsnot diese große Abwanderung begrüßen würde. Es ist an der Zeit, daß von der Stadtverwaltung praktische Wege eingeschlagen werden, um diesen andauernden Wegzug von München zu verhindern.

Baden.

Karlsruhe, 22. Juni. Der Landtag wird, wie wir schon gemeldet haben, am Dienstag nachmittag 4 Uhr zu einer Sitzung zusammentreten. Zunächst wird die Vorlage erledigt werden über die Uebernahme der Bürgerschaft des Staates für ein Darlehen der Stadt Rehl. Dann wird sich das Haus mit den sozialdemokratischen Interpellationen über die Sozialisierung in Baden und über die Universitätsreform befassen, weiter mit der Zentruminterpellation zur Wohnungsfrage. In den nächsten Tagen wird bekanntlich auch der 5. Nachtrag zum Staatsvoranschlag dem Landtag zugehen, der die Angleichungszusage für die Beamten bringt und noch erledigt werden soll.

Karlsruhe, 22. Juni. Die weiblichen Mitglieder des badischen Landtags haben folgenden Antrag eingebracht: „Wir beantragen die Aufhebung von § 3 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 über die Ausübung der Erziehungsrchte in Bezug auf die Religion der Kinder. Durch diesen Paragraphen wird bestimmt, daß die verwitwete Mutter eine Aenderung der religiösen Erziehung ihrer Kinder nur mit Genehmigung der Staatsbehörden und nach erhobenen Gutachten der nächsten beiderseitigen Verwandten, des Ortsvorgesetzten und Waisenrichters vornehmen darf. Der verwitwete Vater untersteht keinem derartigen Befehl.“

Karlsruhe, 23. Juni. Von den bad. Vertretern in Weimar hat sich nur Staatspräsident Geiß für die Unterzeichnung des Friedensvertrags erklärt, während sich der Minister des Äußern Dietrich, ebenso wie Staatsrat Dr. Haas dagegen ausgesprochen haben.

Karlsruhe, 22. Juni. Bei einer Besprechung über die Gründung eines badischen Lehrerbundes zwischen den Führern der Lehrervereine, den Vertretern der Hochschulen und anderen Schulmännern wurde keine vollständige Einigung erzielt. Es ist aber zu hoffen, daß sich die badischen Lehrer aller Schularten zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, um gemeinsam Richtlinien für ein neues Schulgesetz herauszuarbeiten. Dazu sollen nach einem Rundschreiben des badischen Lehrervereins Arbeitsausschüsse gebildet werden, die Vertreter aller Schularten umfassen.

